

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 7

Erscheint Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM. Zur Postbezugs-  
Bestellung bei allen Postämtern

Berlin, den 9. Februar 1930

Verlagsstelle: Berlin A2, Neuer Markt 6-12 IV.  
Fernruf: Berlin B 2, Kupfergraben 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

## Zur Neuwahl der Betriebsvertretungen.

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1930 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1930 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des AfB-Bundes in den Monaten Februar bis März 1930 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen, und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern.

Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitgerichtes zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1929 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Das Betriebsrätegesetz ist nunmehr zehn Jahre in Kraft.

Staatsumwälzung, Versailler Friedensvertrag, Inflation, Wiederherstellung der deutschen Währung, Dawes-Abkommen, Young-Plan und das Auf und Ab der deutschen Wirtschaft in diesen mehr als schwierigen zehn Jahren kennzeichnen den Weg der deutschen Arbeiterbewegung. Ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht waren stets die Gewerkschaften, an ihnen sind alle Versuche der Gegner der Arbeiterklasse, die Position derselben zu erschüttern, wirkungslos abgeprallt. Zu diesen Gegnern der deutschen Arbeiterklasse rechnen wir nicht nur die Unternehmer, sondern auch die sogenannten vaterländischen Werkvereiner, insbesondere auch die Kommunisten sowie vor allem die Unorganisierten.

Diese Gegner der organisierten deutschen Arbeiterbewegung sind auch gegenwärtig wieder am Werke, die organisierte Macht der deutschen Arbeiterklasse zu hemmen.

Trotzdem sind durch die Stärke der deutschen Gewerkschaften die Betriebsräte zu einem mächtvollen Arm der Gewerkschaftsbewegung geworden. Die Auffassung, zu der sich der Leipziger

Gewerkschaftskongress bekannt hat: „Gewerkschaften und Betriebsräte sind eins“, ist zur Tatsache geworden. Niemand wagt es infolgedessen heute noch, die selbstverständliche Notwendigkeit der Betriebsvertretungen anzuzweifeln. Gerade weil die Betriebsräte ein so wichtiger Teil der organisierten deutschen Arbeiterbewegung geworden sind, versuchen es Werkvereiner und Kommunisten, sich dieser Positionen zu bemächtigen. Das ist ihnen bisher nicht gelungen und das wird ihnen auch in Zukunft nicht gelingen.

Der organisierte Arbeiter weiß zu genau, daß er ohne starke Gewerkschaften der Willkür aller Gegner preisgegeben wäre.

Aus diesem Grunde ist die Parole für die Betriebsräte neuwahlen im Jubiläumsjahr 1930:

Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB. und des AfB-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB. angehören, oder wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem AfB-Bund angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB. notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des AfB-Bundes anzustreben.

Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste aufgestellt, dann darf kein Mitglied einer dem ADGB. oder dem AfB-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen, Gewerkschaftskolleginnen! Begeht das zehnjährige Jubiläum des schwer errungenen Mitbestimmungsrechtes im Betriebe dadurch, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

**Auf zur Betriebsrätewahl 1930!**

Berlin, den 24. Januar 1930.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

## Die Zigarettensteuer und die Arbeitnehmer in der Zigarettenkartonnagen-Industrie.

In Nr. 6 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir dargelegt, wie nach den uns gewordenen Mitteilungen die Vertreter des Reichsfinanzministeriums den Artikel VIII des Gesetzes zur Änderung der Tabaksteuer auslegen. Wir haben dazu unsere Bedenken geäußert und gesagt, daß eine solche Auslegung nur darauf zurückgeführt werden könnte, daß man im Reichsfinanzministerium den Zusammenhang zwischen Zigarettenfabrikation und Zigarettenkartonnagenfabriken nicht genügend kenne, und daß der Verbandsvorstand sich bemühen werde, dem Reichsfinanzministerium die Dinge auseinanderzusetzen.

Dazu war die Möglichkeit gegeben in einer Unterredung mit demselben am 30. Januar. Der Vertreter des Ministeriums erklärte uns, daß vom Finanzministerium aus an der Sache nichts geändert werden könnte, denn das Gesetz sei erlassen und bestimmt in Artikel VIII, daß nur die Angestellten und Arbeiter von der eventuellen Entschädigung betroffen werden können, die im Zigaretten- und Rauchtobakgewerbe beschäftigt seien. Die Zigarettenkartonnagenindustrie könne mit dem besten Willen nicht hierzu gerechnet werden. Man wäre jedoch bereits über den Rahmen des Gesetzes etwas hinausgegangen dadurch, daß man diejenigen Kartonnagenarbeiter, die in Zigaretten- usw. Fabriken arbeiten, mit in den Kreis der unterstützungsberechtigten Personen einbezogen habe.

Von uns wurde darauf hingewiesen, daß diese Einbeziehung zeige, daß man sich bewußt gewesen wäre, daß auch die Zigarettenkartonnagenarbeiter durch die Wirkungen des Gesetzes in ihrer Existenz geschädigt werden. Nun sei die Sachlage aber so, daß ein großer Teil der Zigarettenfabriken, die bis vor wenigen Jahren noch eigene Kartonnagenabteilungen hatten, diese aus steuerlichen Gründen von den Zigarettenfabriken loslösten und zu selbständigen Betrieben gemacht hätten. Diese Betriebe befinden sich also in völligem Abhängigkeitsverhältnis von den in Frage kommenden Zigarettenfabriken.

Wenn man nun schon dem Gesetz die Auslegung gegeben hätte, daß die Personale der den Zigarettenfabriken angegliederten Kartonnagenabteilungen der Unterstützung teilhaftig werden können, so hätte man dieses mindestens auch denjenigen Arbeitnehmern in den Zigarettenkartonnagenfabriken zugestehen müssen, die lediglich aus steuerlichen Gründen von den Zigarettenfabriken losgelöst seien.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums sah nach diesen Darlegungen ein, daß hier allerdings eine gewisse Inkonsistenz vorliege, die Härten für einen Teil der Kartonnagenarbeiterschaft ergeben würde, allein es sei ihm mit dem

besten Willen nicht möglich, irgendwelche Hoffnungen zu machen, daß eine weitere Ausdehnung in dem von uns befragten Sinne erfolgen könnte. Im übrigen sei die im Gesetz vorgeordnete Verordnung unter dem 29. Januar 1930 erlassen und werde im Reichsgesetzblatt vom 30. Januar 1930 veröffentlicht werden.

Während in dem Tabaksteuergesetz vom 10. August 1925 der für die eventuelle Unterstützung in Betracht kommende Personenkreis nicht nur auf die Tabakarbeiter, sondern auf Hausgewerbetreibende, Angestellte und Arbeiter ganz allgemein ausgedehnt gewesen sei, die durch das Gesetz nachweislich arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden, ja daß sogar von den im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben gesprochen sei, wäre in dem vorliegenden Gesetz der zu unterstützende Personenkreis eben nur auf das Zigaretten- und Rauchtobakgewerbe beschränkt geblieben. Das zeugt davon, daß der Gesetzgeber diesmal etwas anderes gewollt hätte als damals.

Zu guter Letzt wurden unsere Vertreter noch darauf hingewiesen, daß sich die Kartonnagenarbeiter, falls ihnen die Unterstützung auf ihren Antrag nicht zugestanden werden sollte, beschwerdeführend an den Präsidenten des Landesfinanzamtes wenden könnten. Allein große Hoffnungen, dadurch etwas zu erreichen, dürften ihnen nicht gemacht werden, da das Gesetz den zu unterstützenden Personenkreis scharf umrissen habe.

In der Verordnung vom 29. Januar 1930 wird in Artikel 1 der Personenkreis wie folgt umschrieben:

„Angestellte und Arbeiter, die bis Ende Dezember 1929 in Zigaretten, Zigarettenhüllen, feingeschnittenen Rauchtobak oder Pfeifentabak herstellenden Betrieben mit kaufmännischen Arbeiten oder der Herstellung der Erzeugnisse beschäftigt gewesen sind oder Hilfsarbeiten verrichtet haben, die mit der Tabakverarbeitung oder der verlandfähigen Herstellung der Erzeugnisse unmittelbar im Zusammenhange stehen, erhalten nach Maßgabe dieser Verordnung eine Unterstützung, sofern sie nachgewiesenermaßen infolge des Gesetzes zur Minderung des Tabaksteuergesetzes vom 22. Dezember 1929 arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden.“

2. Wer auf eigene Rechnung Zigaretten, Zigarettenhüllen, feingeschnittenen Rauchtobak oder Pfeifentabak herstellt, sich daneben aber auch für fremde Rechnung mit Herstellung dieser Erzeugnisse beschäftigt, kommt für die Unterstützung nur insoweit in Frage, als er für fremde Rechnung beschäftigt ist.“

Wie wir bereits in Nr. 6 der „Buchbinder-Zeitung“ gesagt haben, wurde das Reichsfinanzministerium mit Schreiben vom 20. Dezember 1929 davon unterrichtet, daß die Interessen von etwa 10 000 in der Zigarettenkartonnagen-Industrie tätigen Arbeitnehmer durch das beabsichtigte Tabaksteuergesetz teilweise stark gefährdet seien. Das Reichsfinanzministerium war also darauf aufmerksam gemacht, daß über den Kreis der Tabakarbeiter hinaus auch die Kartonnagenarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir werfen wohl mit Recht die Frage auf: „Warum wurde dieser Hinweis vom Reichsfinanzministerium nicht beachtet?“

Darüber hinaus haben wir aber auch eine Abschrift dieses Schreibens an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesandt. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag waren also von unserer Seite gleichfalls darauf aufmerksam gemacht, was der Kartonnagenarbeiter drohe. Ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion irgendwie den Versuch gemacht hat, die Interessen der Kartonnagenarbeiter-

schafft, wie von uns gewünscht, zu wahren, ist uns nicht bekannt geworden. Der Eingang unseres Schreibens wurde uns auch nicht bestätigt. Weiter haben wir dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unser Schreiben an den Reichsfinanzminister übermittelt.

Es soll durchaus nicht verkantet werden, daß das Tabaksteuergesetz vom 22. Dezember 1929 mit außerordentlicher Hast durchgepeitscht wurde. Dessen ungeachtet sind wir aber der Meinung, daß die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag auch in solchen Fällen verpflichtet sind, dafür sich einzusetzen, daß, wenn schon eine Unterstützung an die durch das Gesetz geschädigten Arbeitnehmer in Aussicht genommen war, dabei auch so verfahren worden wäre, daß nicht daraus unbillige Härten für einen Teil der betroffenen Arbeitnehmer zu Tage treten. Es hätte doch nichts näher gelegen, als an das Gesetz vom 10. August 1925 nach der Seite hin sich anzulehnen.

In dem letzten Absatz unseres Artikels in Nr. 6 haben wir gesagt, daß, wenn das Gesetz wirklich das gewollt haben sollte, was das Reichsfinanzministerium in die Bestimmungen hineinlegt, dann würde diese Gesetzmacherei als eine außerordentlich saloppe zu bezeichnen sein. Leider ist es so, daß die Benachteiligung der Kartonnagenarbeiter gegenüber den Tabakarbeitern weniger in den Auslegungen des Finanzministeriums als vielmehr im Gesetz selbst ihre Ursache hat. Damit sei festgestellt, daß die Interessen desjenigen Teiles der Kartonnagenarbeiter, die mit der Zigarettenindustrie im innigsten Zusammenhang stehen, durch das in salopper Weise zustande gekommene Gesetz bedauerlicherweise nicht so gewahrt worden sind, wie man es billigerweise hätte erwarten dürfen.

## Die Rationalisierung der Arbeiterschaft.

Uns wird geschrieben:

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, die in Deutschland bestehende oberste Spitze für alle Fragen der Rationalisierung, gibt zurzeit ein „Handbuch der Rationalisierung“ heraus. In diesem 1234 Seiten starken Buch ist alles zusammengetragen, was auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geleistet wurde. Wenn sich auch das Buch manchmal allzusehr in die Breite verliert, dann ist es doch eine Publikation, die größte Beachtung verdient. Hier wird zum erstenmal dem interessierten Fachmann und demjenigen, der sich zu orientieren wünscht, eine zusammenfassende Arbeit in die Hand gegeben.

Im dem Buche befindet sich auch ein Abschnitt „Die Berufsausslese für die Industrie und ihre Organisation“. Ausgehend von der Tatsache, daß der wichtigste Reichtum Deutschlands seine Arbeitskraft ist, wird eine zweckentsprechende Berufsausslese als ein Mittel bezeichnet, diese Arbeitskraft besser zu verwerten. Es wird der Auffassung entgegengetreten, daß die technische Rationalisierung jede irgendwie qualifizierte Arbeit verdrängt und an ihre Stelle völlig gleichförmige unkomplizierte Arbeitsverrichtungen setzt, für die man keine besonders geeigneten Arbeitsträger braucht. „Gegen diese Ansicht muß zweierlei eingewendet werden: Einmal ist es noch nicht erwiesen, daß die technische Rationalisierung den Facharbeiter verdrängt und an seine Stelle der völlig ungelernete Arbeiter gesetzt wird... Eine völlig ungelernete Arbeit gibt es zudem meist gar nicht, und wo sie tatsächlich vorhanden ist, ist sie falsch angewendet, unrationell, sie könnte besser durch eine Maschine ersetzt werden. Eine wirkliche Ra-

tionalisierung verwendet den Arbeiter eben erst da, wo er nicht ersetzbar ist, daß ist in seiner individuellen Qualität. Im Wesen der Rationalisierung muß es letzten Endes liegen, nicht den gelerneten Arbeiter durch den ungelerneten zu ersetzen, sondern umgekehrt den ungelerneten ganz verschwinden zu lassen und an seine Stelle einen qualifizierten Arbeitsträger zu setzen.“ Das sind Gedanken, die von den Gewerkschaften als durchaus richtig angesehen werden können.

Bezüglich der Berufsausslese sind heute zwei Strömungen wahrzunehmen. Die eine ist in dem Bestreben der Unternehmer zu suchen, sich aus dem Reservoir der neu zuströmenden Arbeitskräfte die besten durch eigene Ausslese herauszufinden. Nach einer Umfrage der deutschen Werkschulen der Metallindustrie führten 77 Pro. psychotechnische Prüfungen durch, das heißt, es wurden nur solche Lehrlinge aufgenommen, die sich der psychotechnischen Prüfung unterzogen hatten. Es fand also eine Spezialuntersuchung und keine Totaluntersuchung statt. Daneben geht die öffentliche Berufsberatung und Berufsausslese einher. Vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt muß die private Berufsausslese abgelehnt werden, da sie den Charakter einer Konkurrenz ausslese hat. Es ist dem RfW. zuzustimmen, wenn es in dem Buche schreibt: „Die Gefahr besteht, daß (durch die private Berufsausslese) manche an sich wertvollen Arbeitskräfte ungenutzt und unverwertet bleiben, sie scheuen sich vor allen Dingen, kommen zu der Ansicht, daß sie für keinen qualifizierten Beruf geeignet sind und ergreifen daher oft einen ungelerneten Beruf. Diese Tatsache läßt einmal die persönlichen Kräfte zum Gesamtwohl des deutschen Volkes nicht voll zur Geltung kommen und schädigt andererseits in hohem Maße den einzelnen, der oft unberechtigt in einen sozial tieferen Stand gedrückt wird.“

Dieser Gefahr zu begegnen ist es notwendig, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Berufsberatung und Berufsausslese in ein leistungsfähiges System bringt. Dadurch wird die Durchführung einer einheitlichen Arbeitsmarkt- und Berufspolitik gewährleistet. Diese muß den Konjunkturzyklus ständig beobachten, um durch Regulierung der einzelnen Berufsstände ungesunde Erscheinungen auf dem Arbeits- und Wirtschaftsmarkt zu verhindern. Es ergibt sich daraus die Möglichkeit, die Berufsstände nach den wirtschaftlichen Erfordernissen zu regulieren, indem der Ueberfüllung einzelner Berufszweige vorgebeugt und dieser Ueberfluß in andere Berufszweige gelenkt wird. Die öffentliche Berufsberatung ist also ein wesentliches Mittel der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wir haben es hier mit einem Problem von überragender Bedeutung zu tun. In ihrem eigenen Interesse sind die Gewerkschaften gezwungen, diese Entwicklung zu beobachten und dort einzugreifen, wo sie es für notwendig halten. Namentlich sind die Schäden der privaten Berufsausslese zu verhindern. Die öffentliche ist hingegen zu fördern, auch schon deshalb, weil hier die Gewerkschaften mitzuarbeiten Gelegenheit haben.

## Gelesene Nummern

der »Buchbinder-Zeitung«  
gibt man an seine un-  
organisierten Kollegen weiter

## Die Arbeitslosigkeit, ein internationales Problem.

Die Arbeitslosigkeit tritt heute in allen wichtigen Industrieländern mit großer Heftigkeit auf. Zweifellos hat sie in jedem Lande ihre eigene Note und ihre besonderen Ursachen. Darüber hinaus gibt es jedoch zahlreiche Faktoren internationaler Natur, die für die Arbeitslosigkeit von Bedeutung sind. Auch die Tatsache, daß in den verschiedenen Ländern gleiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden, läßt es wünschenswert erscheinen, das Problem der Arbeitslosigkeit im Lichte der internationalen Forschung zu betrachten.

Sowohl die Internationale Arbeitsorganisation als auch der Wirtschafts- und Krisenausschuß des Völkerbundes haben sich schon wiederholt mit dieser Frage befaßt, ohne jedoch zu positiven Ergebnissen zu kommen. Die kapitalistische Wirtschaft und ihr Einfluß auf die Regierungen haben eine Reihe von Zuständen geschaffen, die in höchstem Maße geeignet sind, die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern zu fördern. Diese Maßnahmen bestehen in erster Linie in der Gründung gewisser Industrien unter dem Einfluß eines Wirtschaftsnationalismus, die sowohl die Weltüberproduktion vermehren und die weber in ihren Quellen, noch in ihren Erfordernissen den Bedürfnissen der Länder entsprechen, die sie geschaffen haben. Ein anderer wichtiger Grund der Arbeitslosigkeit liegt zweifellos in der Verwirrung des internationalen Güterauswechsels durch übertriebene Schutzzollpolitik. Hier sind es insbesondere die sogenannten Verhandlungstarife, die ungewöhnlich hoch angesetzt werden, damit man auf dem Wege der Verhandlungen später zurückgehen kann. Leider werden diese Tarife häufig in Kraft gesetzt, bevor sie auf ein normales Maß herabgesetzt wurden. Auch die Schwankungen in der Kaufkraft des Geldes sind eine Ursache der Preis- und Marktunsicherheit. Aus diesem Grunde hat sich die Weltwirtschaftskonferenz im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit mit der Frage der Stabilisierung der Währungen befaßt, wobei nicht nur an die Wiederherstellung zerrütteter Währungen gedacht wurde, sondern auch an die Stabilisierung des Goldniveaus.

Selbstverständlich war an den Beratungen über die Frage der Arbeitslosigkeit in erster Linie das Internationale Arbeitsamt interessiert und beteiligt. Soweit rein sozialpolitische Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Frage kommen, ist durch die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts schon viel geschehen. Die erste internationale Arbeitskonferenz in Washington hat bereits einen Übereinkommensentwurf angenommen, der die Schaffung öffentlicher Arbeitsnachweise und ein Verbot gewerbmäßiger Arbeitsnachweise vorsieht. Dieses Übereinkommen ist von 23 Staaten ratifiziert. Auch die Arbeitslosenversicherung hat nicht zuletzt unter dem Einfluß des Internationalen Arbeitsamts wesentlich an Umfang und Bedeutung zugenommen. So besteht zurzeit eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit in Deutschland, Oesterreich, Bulgarien, Großbritannien, Irland, Italien, Polen und Rußland. In diesen Staaten werden rund 42 Millionen Arbeitnehmer von der Arbeitslosenversicherung erfaßt. In einer Reihe anderer Staaten wird zurzeit die Einführung einer Zwangsversicherung erwogen. Eine Zwangsversicherung besteht teilweise auch in der Schweiz und in Australien, wo einige Kan-

tone bzw. Länder entsprechende Gesetze eingeführt haben. In zahlreichen anderen Ländern werden die freiwilligen Versicherungsanstalten von den Regierungen unterstützt, so in Belgien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Norwegen, Holland, Schweiz und die Tschechoslowakei. In diesen Ländern werden etwa 2 bis 3 Millionen Arbeitnehmer von der Versicherung erfaßt. So sehr diese freiwilligen Versicherungen durch den Staat zu begrüßen sind, ebenso sehr beweist die geringe Zahl der von der freiwilligen Versicherung erfaßten Personen die Notwendigkeit der Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Das Internationale Arbeitsamt hat, um über alle rein sozialpolitischen Maßnahmen hinaus wirksame Möglichkeiten zur internationalen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu schaffen, das Problem verschiedentlich eingehend untersucht. Diese wissenschaftlichen Arbeiten sind zweifellos für eine internationale Regelung von Wert.

Die Vorschläge des Internationalen Arbeitsamts und der Internationalen Arbeitskonferenz gehen zunächst dahin, durch die Sammlung von statistischen Unterlagen über die Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung einen internationalen Erfahrungsaustausch herbeizuführen. Neben der öffentlichen Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenversicherung, dem Konjunkturausgleich durch öffentliche Arbeiten, dürfte insbesondere auch die Kreditpolitik bzw. die Berücksichtigung des Arbeitsmarktes und der Preise bei der Gewährung von Krediten an Industrie und Handel durch die Bankinstitute geeignet sei, die Arbeitslosigkeit in günstigem Sinne zu beeinflussen. Zu diesem Zwecke ist es jedoch notwendig, zuverlässige Wirtschaftsbarometer zur Vorauslage des Konjunkturablaufs zu schaffen. Weiter wären Maßnahmen auf dem Gebiete der Zoll- und Finanzpolitik erwünscht, insbesondere solche, die geeignet sind, alle die natürliche Produktion und den Güterverkauf, sowie die Güterverteilung hindernden Zustände zu beseitigen.

Nach den seitherigen Erfahrungen muß leider gesagt werden, daß trotz aller Dringlichkeit das Problem der Arbeitslosigkeit heute für eine internationale Regelung noch nicht reif ist. Noch bedürfen zahlreiche Fragen der wissenschaftlichen Klarstellung. Aus diesem Grunde hat die letzte Internationale Arbeitskonferenz das Internationale Arbeitsamt aufgefordert, seine wissenschaftlichen Erhebungen fortzuführen und insbesondere festzustellen, welchen Einfluß das Wachstum der Bevölkerung, die Entwicklung neuer Industrien und die Rationalisierung auf die Arbeitslosigkeit haben können. Weiter soll in Zusammenarbeit mit dem Völkerbund eine Untersuchung über die Wirkung der Währungsschwankungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter (Lebenshaltung, Arbeitsleistung, Arbeitszeit, die Beziehungen der wirtschaftlichen Vereinigungen usw.) durchgeführt werden.

Die sozialpolitischen Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenversicherung und des Konjunkturausgleichs durch öffentliche Aufträge haben zweifellos viel zur Vinderung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Trotzdem wird die Arbeitslosigkeit immer mehr zur Geißel der arbeitenden Menschheit in fast allen Industrieländern. Zu ihrer Beseitigung gehören neben der Sozialpolitik heute die bereits erwähnten internationalen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ob diese Maßnahmen in der individualistischen, noch immer national orientierten kapitalistischen Wirtschaft erreicht werden können, muß bezweifelt werden. Auch hier wäre eine sozialistische Planwirtschaft die

Voraussetzung. Doch ehe die Arbeitslosigkeit beseitigt ist, muß eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen durchgeführt werden.

Otto Bach.

## Wirtschaftliche Produktivität und soziale Leistungen.

In der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie über „Aufstieg oder Niedergang?“ heißt es unter anderem: „Die wirtschaftliche Produktivität ist die Quelle sozialer Leistungen.“ Das ist richtig, doch ist nicht die Umkehrung dieser Worte auch richtig? Sind die sozialen Leistungen, durch die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der werktätigen Bevölkerung gefördert werden, nicht auch eine Quelle wirtschaftlicher Produktivität? Und ist umgekehrt die Intensivität der Arbeit — ein wesentlicher Faktor der wirtschaftlichen Produktivität — nicht auch eine Quelle sozialer Notstände, die wiederum soziale Leistungen verlangen?

Es kann nicht bezweifelt werden, daß eine Arbeitsgestaltung, die der einzelnen Arbeitskraft die Entscheidung über Menge und Tempo seiner Arbeit mehr und mehr entzieht, dazu führen muß, auch den zeitweise in seiner Arbeitsfähigkeit Beschränkten vorübergehend, das heißt während der Dauer auch nur einer leichten Erkrankung, aus dem Betriebe auszustoßen. Dadurch und nicht etwa durch zunehmende „Verweichlichung der Volksmassen“, wie immer wieder — gelegentlich auch von Ärzten — behauptet wird, ist in der Hauptsache die Zunahme der Krankheitsfälle und Krankheitsstage verursacht, für die die Unterstützungen durch die Krankenversicherung aufzubringen sind. In der erwähnten Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie heißt es zwar weiter: „daß die soziale Gesetzgebung der produktiven Wirtschaft hohe finanzielle Lasten auferlegt“, doch mit weit mehr Berechtigung könnte gesagt werden, daß die Umgestaltung der Wirtschaft die Träger der Sozialversicherung über Gebühr belastet. Es ist dringend notwendig, daß auch diese Seite der Sache mit allem Rüstzeug moderner Wissenschaft einmal eingehend geprüft wird. Solche Studien würden dem Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft recht eindringlich dienen, der ja angeblich auch vom Reichsverband der Deutschen Industrie angestrebt wird.

Noch eine weitere Bemerkung der Denkschrift soll hier festgehalten werden. Es heißt dort: „Die Sozialversicherung soll die wirklich Schutzbefürhtigen und Notleidenden betreuen.“ Wer ist nun nach Ansicht dieser Herren schutzbefürhtig und notleidend? Wir fürchten, daß hierüber die Meinungen auseinandergehen.

Nur in einem Punkte kann vom Standpunkt eines modernen Ausbaues der Sozialversicherung den Ausführungen der Denkschrift zugestimmt werden. Es heißt dort: „Eine Besserung der Verhältnisse für die vom sozialen Notstand betroffenen Kreise sollte grundsätzlich nicht erst bei der finanziellen Fürsorge für diese Kreise einsetzen, sondern sie sollte schon mit solchen Maßnahmen beginnen, die von vornherein der Verhütung von sozialen Mißständen zu dienen geeignet sind.“ Nur wendet man merkwürdigerweise diese Erkenntnis von der Notwendigkeit vorbeugender Maßnahmen nur auf das Erwerbslosenproblem an und will damit beweisen, daß eine „Förderung der Produktion“ — womit ein Abbau aller das Profitstreben des Unternehmers hemmenden Gesetze gemeint ist — die beste Sozialpolitik sei. Es ist die alte Heilslehre des Kapitalismus. Die Arbeiterschaft hat Erfahrungen gesammelt, um sich durch diesen Sirenenanfang nicht mehr betören zu lassen.



# Zur Unterhaltung

## Fusel.

Erzählung von Anna Mosegaard.

(4 Fortsetzung.)

Sie merkten bald, die Pfeile prallten ab, ohne zu verletzen. Da wurde die Sache langweilig.

Eines Tages, Rückmann hatte grad wieder einen Straßenauflauf verursacht. Er hatte auf offener Straße eine Wahrfagerin verprügelt, weil sie ihm nicht sagen konnte, wo sein Hut verblieben war. Er war ihm vom Kopf gefallen und von einem Schuljungen mit dem Fuß fortgeschleudert worden. Da war gerade die Kartenschlägerin, die er sehr gut kannte, weil er sie in seinem Dusef und Aberglauben, der vielen Alkoholikern eigen ist, ausgesucht, aus dem Haus getreten. Und nun wollte sie nicht einmal wissen, wo sein Hut war und dabei eine Wahrfagerin sein. Naturgetreu wurde dieser Vorgang von den Kindern wiedergegeben. Der Franz selbst martierte den Polizisten, der Rückmann abführte. Da ging ein etwa zwölfjähriger Knabe und sein um zwei Jahre jüngeres Schwesterchen vorüber, die blieben stehen, sahen der Szene zu und sehten den Franz zurecht: „Schäm dich, Franz, es ist doch dein Vater.“ sagte der Knabe.

Erst wollte Franz dem Jungen eins auswischen, da aber sah er, daß es Fritz und Emma Lüders waren, also Hausgenossen, die Kinder des Zigarrenmachers, der ihm stets Respekt eingeließt. Er befand sich kurz, ließ die johlende Kotte im Stich und ging heim mit ihnen. Seit dem Tage machte Franz Rückmann nicht mehr mit. Wochten sie ihn quälten, er verbiß tapfer den Schmerz. — — —

In Fritz Lüders hatte er einen lieben Spielfameraden gefunden. Viele Stunden verbrachte er jetzt bei Lüders.

Wie ganz anders war es da als daheim. Da gab's weder Schnapsflasche noch Bierglas, trotzdem oft Arbeitstollegen von Lüders zu Besuch kamen. Da wurde nicht einmal Karten gespielt. Nur viel gelesen.

Sogar die Kinder hatten ihre Zeitschrift. Und die kleine Emma, wie las sie rein und stehend daraus vor. Franz wurde nie müde, dem kleinen Mädchen zu lauschen. Ein kleines Gedicht „Zuruf“ konnte er nie vergessen. Wie die kleine Emma das auch gesprochen hatte:

Alles kann sich umgestalten!  
Mag das dunkle Schicksal walten.  
Mutig auf der steilen Bahn!  
Trau dem Glücke! Trau den Göttern!  
Steig trotz Wogendrang und Wettern  
kühn wie Cäsar in den Kahn.

Laß den Schwächling angstvoll zagen!  
Wer um Hohes kämpft, muß wagen!  
Leben geht es oder Tod.  
Laß die Woge donnernd branden!  
Nur bleib' immer, magst du landen  
oder scheitern, selbst Pilot!

Allmählich vergaß Franz fast sein Heim mit allen Widernissen, gehörte er doch ganz zur Familie Lüders. Selbst die Mutter schien froh darüber zu sein. Hatte er doch bemerkt, wie die Mutter und Frau Lüders enge Freundschaft geschlossen.

Zur Lüderschen Wohnung gehörte unter anderem auch ein kleiner Schweinestall; in dem hatte Fritz Lüders sich eine Kaninchenzucht angelegt. Franz hatte seinen Spaß daran, jedes Kohlblatt, das er auf dem Wochenmarkt fand, jede harte Brotkrinde dem Freunde zu bringen. Als dieser ihm gar behilflich war, einen Kaninchenkasten für sich selbst anzufertigen und ihm zwei Junge schenkte, kannte seine Freude keine Grenze. In seinem Jubel holte er sogar Vater und Mutter herbei, die sollten seinen Viehbestand besehen. „Na ja — nachher gib's 'nen fetten Braten“ hatte Rückmann gesagt.

Einen fetten Braten!

Daran hatte Franz nun nicht gedacht, daß die kleinen lieben Dinger einmal unter dem Wasser enden sollten. Aber dazu waren sie ja wohl da.

Und Franz suchte die ganze Umgegend ab nach saftigem Grünfutter. Kein Weg war ihm zu weit, namentlich, wenn Fritz und Emma Lüders mitgingen. Seine Kaninchen fraßen gut, wuchsen und setzten



Fett an, daß es eine Lust war. Die Zeit verging. Schon spann der Altwelberommer seine weißen Fäden. Franz konnte es nicht übers Herz bringen, seine Lieblinge zu schlachten, obwohl der Vater verschiedentlich davon gesprochen hatte. Mit der Zeit schien Rückmann jedoch die Tiere ganz vergessen zu haben, so wenigstens dachte Franz. Mit Schreden sah der Knabe, daß es mit dem Vater immer mehr bergab ging. Schon zweimal hatte man ihn von der Straße, wo er bewußlos zusammengebrochen war, nach dem Siechenhaus gebracht. Heiße Tränen hatte die Mutter darüber vergossen.

Eines Tages war Franz Zeuge eines Zwiegesprächs zwischen seiner Mutter und Frau Lüders. In Lüders Küche schüttete die Mutter der Freundin ihr Herz aus. Die Tür stand ein Stück offen, so verstand Franz jedes Wort.

„Ich weiß wahrhaftig auch nicht mehr, was da zu machen wäre. Ein Jammer ist das, liebe Frau Rückmann“ hörte Franz Frau Lüders sagen. Darauf die Mutter: „Ja, die Köpfelein, die hat gut reden von davontausen. Wir sind doch nun einmal verheiratet, und dann“, Frau Rückmanns Stimme hatte merklich gezittert, „ich hab ihn doch einmal lieb gehabt, den Vater meines Buben. Das beste wär schon, man ginge hin, wo das Wasser am tiefsten ist.“

Dem Franz wurde siedend heiß. Wie, wenn die Mutter dies Wort wahr machte! Wenn sie von ihm und ins Wasser ginge? Die schwärzesten Gedanken durchquerten des Kindes aufgeregtes Hirn.

Wenn die Mutter das tat, — — dann — — dann — — er mochte es gar nicht ausdenken und bekam auch keine Zeit dazu.

Die Mutter trat heraus und versuchte zu lächeln, als sie den Buben gewahrte. „Da bist du ja, Franz, geh gleich mal rüber zum Schlächter und hole ein halbes Pfund Karbonade für den Vater.“ Franz gehorchte. Aber so tief war er in Gedanken versunken, daß er fast vergaß was er holen sollte. Doch nun, als die Ladentür klingelte, wußte ers: „Ein halbes Pfund Karbonade für den Vater“ sagte er mechanisch.

Ein fettes Weib mit einem schmierigen Kinde auf dem Arm schlug eine häßliche Lache auf: „Ein halbes Pfund Karbonade? Das fehlt ihm noch, dem Söffel.“ Die Schlächtersfrau, eine würdige alte Dame, würdigte das Weib mit keinem Blicke. Sie wickelte die Karbonade in ein Stück Pergamentpapier, schlug zur Vorsicht nach eine Zeitung darum und steckte Franz eine Scheibe der besten Zerbelatwürst in den Mund. Franz ging beschämt, verbittert hinaus, den Blick stier auf das Einschlagpapier gebettet. Da fiel ihm das Bildnis einer Frau in die Augen, darüber vergaß er fast die häßlichen Worte der Alten. Wisßbegierig, lesehungrig wie er nun einmal war, las er die untenstehende Beschreibung:

„Schreiben Sie dieser Frau, wenn Sie einem Manne das Trinken abgewöhnen wollen! Sie verlangt nichts für ihre Hilfe und es ist darum kein Grund vorhanden, warum Sie nicht sofort an Sie schreiben sollten. Natürlich erwartet sie, daß Sie ein persönliches Interesse daran haben, jemand von der Trunksucht befreit zu sehen und nicht etwa aus bloßer Neugierde anfragen. Die Methode kann an dem Trinker unbemerkt angewandt werden.“

Schicken Sie Ihren Brief vertrauensvoll an ihre Adresse:

Frau Elisabeth Petersen.  
Berlin SO., L... Straße 45.“



Die Karbonade wäre ihm bald entfallen, so zitterten seine Hände. Das wäre ja Hilfe, Rettung für den Vater! Hilfe auch für die Mutter! — Wenn der Vater nicht mehr trank, würde die Mutter nie mehr davon denken, sich das Leben zu nehmen. — Spornstreichs ramnte er heim, legte die Karbonade nur mit dem Pergamentpapier umwickelt in die Küche, entnahm seiner Sparschloße einen Pfänder und ramnte davon, hin zum Postamt. Die

Mutter sollte noch nichts davon wissen, nein, niemand, niemand. Sein Geheimnis sollte das bleiben. Wenn der Vater erst geheilt war, dann sollten sie es alle erfahren, wer ihm dazu verholfen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

## Die beiden Geizhälse.

Ein Geizhals aus Rusa hatte gehört, daß es in Bassora noch einen größeren Geizhals gäbe, bei dem er in die Schule gehen könnte. Er begab sich dahin und stellte sich selbst vor als einen Anfänger in der Kunst, geizig zu sein, der von einem so großen Meister lernen wollte.

„Willkommen!“ sprach der Geizhals von Bassora, „wir wollen sogleich auf den Markt gehen, um einzukaufen.“

Sie gingen zum Bäcker: „Hast du gutes Brot?“ „Zu dienen, meine Herren, frisch und weich wie Butter.“

„Du hörst?“ sprach der Mann aus Bassora zu dem aus Rusa, „daß Butter besser ist als Brot, wir werden also besser tun, uns mit Butter zu behelfen.“

Sie gingen zum Krämer und fragten, ob er gute Butter habe.

„Zu dienen, Butter frisch und schmackhaft wie das köstlichste Olivenöl.“

„Du hörst“, sprach der Wirt zu seinem Gast, „die beste Butter wird dem Del verglichen, das demnach um vieles vorzüglicher sein muß.“

Nun gingen sie zum Delverkäufer: „Hast du gutes Del?“

„Bom besten, klar und hell wie Wasser.“ „Ei, ei“, sagte der Geizhals von Bassora zu dem von Rusa, „so ist also Wasser die beste Kost. Ich habe zu Hause eine ganze Kuffe voll, womit ich dich herrlich bewirten will!“

Und wirklich setzte er seinem Gast nichts als Wasser vor, weil es besser als Del, Del besser als Butter, Butter besser als Brot sei.

„Gottlob“, sagte der Geizhals aus Rusa, „ich habe meine Reise nicht umsonst gemacht, sondern etwas Tüchtiges gelernt.“

# Für unsere Kolleginnen



## Februar.

In diesem Monat, wie vor undenklichen Zeiten, der Erde dunkle Kräfte Säfte sich bereiten zu neuem Wachstum und zu neuer Frucht: bald wird der Bauer hinterm Frühjahrspfluge schreiten vor weißen Wolken, die die Horizonte weiten, und wo sein Blick die warme Sonne sucht.

Der langen Winterdämmerungen bittere Klagen verstummen vor des Februars helleren Tagen, weil selbste sanfte Morgenröte voller Trost dem Menschen leichter hilft die Bürde tragen, weil mit der Sonne ihm ein neues Wagen durch seinen Blutstrom wellend-schwellend tost.

Februar! Kleiner Monat voll kindlichem Ueberchwang und schlichterer Fröhlichkeit — ein bunter Sang

den Menschen in den grauen Winter weben: Februar! Melodie steigenden Tags — irdischer Klang,

der sich dem Schweigen des Winters entzang, heimlich schon trüchelig von künftiger Leben.

Rurt Offenburg.

## Wir und unsere Invalidenunterstützung.

In der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ (es war in Nr. 4. D. R.) lese ich wieder einmal etwas von der Invalidenunterstützung, die unser Verband eingerichtet hat. Wir hören leider nur zu selten etwas von dieser Einrichtung, obwohl sie mir eine der wertvollsten zu sein scheint. Ich habe den Segen dieser Unterstützung schon vor Jahren kennengelernt, als mein Vater durch einen Betriebsunfall invalide wurde und er dann vom Buchdruckerverband regelmäßig Invalidenunterstützung bekam. Das war für unsere starkköpfige Familie eine sehr gute Hilfe. Diese Erfahrung ist es auch gewesen, die mich veranlaßte, mir die Rechte an der Invalidenunterstützung unseres Verbandes zu sichern, sobald sich mir dazu die Gelegenheit bot.

Vielleicht ist das auch die Ursache dafür, daß ich sehr überrascht war, als ich in unserer Verbandszeitung lesen mußte, daß 32 000 meiner Kolleginnen von unserer Invalidenunterstützung nichts wissen. Ich sage nicht: Nichts wissen wollen! Denn ich bin der Auffassung, daß es dem größten Teile meiner Kolleginnen gar nicht bekannt ist, daß auch sie sich diese Unterstützung sichern können. In unseren Versammlungen hier in . . . ist auch nie über die Invalidenunterstützung gesprochen worden und wenn es doch schon einmal so beiläufig geschah, dann mußte jeder den Eindruck gewinnen, daß dies nur eine Sache für die Kollegen sei. „Invalidenunterstützung kommt ja für euch gar nicht in Frage“, wurde mir geantwortet, als ich einmal in einer Versammlung darauf zu sprechen kam. Es hat allerdings nicht lange gedauert, bis dieser falsche Standpunkt bei uns hier in . . . verschwunden war. Heute wird schon öfter einmal auf diese Unterstützung aufmerksam gemacht.

Man darf wohl annehmen, daß es in den Versammlungen in anderen Orten noch heute so ist, wie es hier war. Da möchte ich meinen Kolleginnen dringend raten, selbst mit dafür zu sorgen, daß dies anders wird. Veranlaßt euren Vorstand, daß er in einer Versammlung euch einmal etwas von der Invalidenunterstützung für uns Kolleginnen sagt. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß sich viele unserer Kolleginnen sehr stark hierfür interessieren. Unter den 32 000, die heute noch nichts von unserer Invalidenunterstützung wissen, werden sehr viele sein, die dann gerne die 10 Pfennige mehr Beitrag zahlen werden, um sich die Rechte auf diese Unterstützung zu sichern. Der Wert dieser Unterstützung liegt darin, daß sie nicht nur auf eine bestimmte Zeit (auf einige Wochen etwa) gezahlt wird, sondern dauernd, d. h. solange die Invalidität andauert.

In unserer Zeitung stand auch, daß schon 14 Kolleginnen die Invalidenunterstützung beziehen. Ich weiß zwar nicht, wie hoch die Unterstützung ist, die diese Kolleginnen erhalten, daß aber weiß ich, daß sie bis zu 30 Mk. pro Monat betragen kann, wenn man lange genug die 10 Pf. Beitrag gezahlt hat. (Der Kollegin W. M. sei gesagt: Von den 14 Kolleginnen, die unsere Verbandsinvalidenunterstützung heute schon erhalten, bekommt eine 15 Mk., zwei je 17 Mk., drei je 19 Mk., eine 20 Mk., zwei je 21 Mk., drei je 22 Mk., eine 23 Mk. und eine 26 Mk. pro Monat für die ganze Dauer ihrer Invalidität. D. Red.) Ist das nicht eine gute Hilfe und ein guter Zuschuß zur staatlichen Invalidenunterstützung? Für diese aber haben wir das sechs- bis siebenfache des Beitrags zu zahlen, den wir für unsere Verbandsunterstützung aufwenden müssen, und wir erhalten dafür kaum den gleichen Betrag oder doch nur wenig mehr als von unserem Verband. Da ist doch die Leistung unseres Verbandes viel größer, wie sich jede Kollegin selbst ausrechnen kann.

Ich glaube auch, bei unserer Verbandsinvalidenunterstützung ist es falsch eingerichtet, daß man es uns Kolleginnen selbst überläßt, ob wir uns diese Unterstützung nutzbar machen wollen oder nicht. Wenn unsere Kolleginnen nur hören, daß sie etwas extra bezahlen sollen, dann sind sie in der Regel nicht zu haben und wenn der Extrabeitrag auch nur klein ist. Viel richtiger würde es nach meiner Auffassung sein, wenn diese 10 Pf. nicht besonders bezahlt zu werden brauchten. Der Beitrag zum Verband müßte so festgesetzt sein, daß darin auch der Beitrag für die Invalidenunterstützung für uns Kolleginnen mitenthalten ist. Es ist nicht gerade schön, daß wir unsere Kolleginnen zwingen müssen, etwas zu tun, was nur zu ihrem Vorteil ist. Doch wenn sie es nicht von selbst tun, dann bleibt uns nichts anderes übrig wie dieser sanfte Druck. Der Vorstand mag sich überlegen, ob mein Vorschlag durchzuführen ist. Ich würde es wünschen, da ich die gute Seite unserer Verbandsinvalidenunterstützung zu schätzen weiß.

W. M.

## Die Bewertung der Frauenarbeit.

Zu den hervorragendsten Merkmalen der kapitalistischen Wirtschaft gehört die starke und noch immer fortschreitende Heranziehung der Frau zur erwerbstätigen Mitarbeit. Die Frauenarbeit selbst ist nicht als kapitalistische „Erwerbschaft“ zu bezeichnen, sondern sie ist so alt wie die Menschheit. Nur hatte die Arbeit der Frau in früheren Wirtschaftsperioden einen anderen Charakter. Sie vollzog sich im Rahmen der Familiengemeinschaft und hatte nur dieser zu dienen. Lediglich wo die Frau Skavin, Hörige oder Leibeigene war, fiel wie bei ihrem männlichen Geldgenossen der Ertrag ihrer Arbeit dem Herrn zu. Die hauswirtschaftliche Frauenarbeit fand wie heute im allgemeinen wenig Beachtung.

Im Verlaufe der wirtschaftlichen Entwicklung trat hierin keine wesentliche Aenderung ein. Die vor dem Auftreten des Kapitalismus bestehende Kleinbürgerlich-handwerksmäßige Produktionsweise ließ nur wenige eigentliche Frauenberufe offen. Das wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die handwerksmäßige Produktion im allgemeinen neben robuster Körperkraft Anforderungen stellte, die von der Frau nicht oder nur in gewissen Ausnahmen erfüllt werden konnten. Daneben waren die bestehenden Zustände bestrebt, die Frau vom Handwerk möglichst fernzuhalten. Soweit Frauenarbeit zugelassen war, blieb sie auf Vorarbeiten beschränkt.

Die hieraus entstehenden Zustände waren alles andere als idyllisch; sie zeigten ein wesentlich anderes Bild, als man es sich in der Regel von der „guten alten Zeit“ macht. Auch zu jener Zeit war bereits ein starker proletarischer Frauenüberschuß vorhanden, der in den häuslichen Berufen bei weitem nicht unterkommen konnte. Allenfalls fanden die Frauen in den zahlreich vorhandenen Klöstern Unterkunft, was aber den Abschluß des bürgerlichen Lebens mit sich brachte. Das Ergebnis dieser Verhältnisse war eine gewaltige Ausbreitung des Dünnetums. Obwohl von den Behörden hiergegen mit rücksichtsloser Strenge vorgegangen wurde, war der Erfolg doch nur gering, konnten doch die polizeilichen Maßnahmen die Ursachen des Übels nicht beseitigen.

Diesen Zuständen gegenüber hat die kapitalistische Wirtschaftsweise für die Frau unzulugbare Vorteile gebracht. Nicht in ihrer Tendenz — wohl aber in ihren Begleiterscheinungen. Die kapitalistische Wirtschaft ist auf den Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft gerichtet. Ohne entsprechende Hemmungen führt sie zur Vernichtung des arbeitenden Menschen, da sie ihn nur als Ausbeutungsobjekt wertet, das — wenn nicht mehr gebrauchsfähig — achtlos beiseite geworfen werden kann. Diese Tendenz machte sich besonders den Frauen gegenüber bemerkbar, die infolge mangelnder Aufklärung sowie politischer und wirtschaftlicher Rechtlosigkeit ihrer Ausbeutung keinen nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen vermochten. Erst das Entstehen der Gewerkschaftsbewegung und deren Aus-

breitung hat hierin Wandel geschaffen. So erklärte es sich, daß die gewerbliche Frauenarbeit sehr bald einen starken Umfang annahm und daß sie noch immer zunimmt, obwohl sich die Stellung der Frau im Staat und in der Wirtschaft unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung erheblich änderte.

Längst schon ist die Anwendung der Frauenarbeit über das Gebiet der rein produktiven Arbeitstätigkeit hinausgewachsen. Was sich in der Industrie als wirksam erwies: Spezialisierung und Arbeitsteilung, hat auch auf anderen Gebieten dazu beigetragen, ihr neue Betätigungsmöglichkeiten zu erschließen, in denen sie trotz aller entgegengekehrten Hindernisse erfolgreich mit dem Manne in Konkurrenz tritt. In Verkehr und Handel, in Beamten-, ja selbst in wissenschaftlichen Berufen findet die Frau in wachsendem Maße Verwendung. Der weibliche Hochschullehrer, Arzt, Rechtsanwalt, Richter usw. sind keine Seltenheit mehr und die Tätigkeit der Frau in diesen Wirkungskreisen zeugt von der ungemainen Anpassungsfähigkeit in der weiblichen Psyche an die gegebenen Verhältnisse.

Die Rationalisierung hat einen neuen Anstoß zur weiteren Verbreitung der Frauenarbeit gegeben und es ist wieder ein charakteristisches Merkmal für unsere kapitalistische Wirtschaft, daß — wie heute — im Zeichen großer Arbeitslosigkeit, zuerst die männliche Arbeitskraft entlassen wird.

Immer bleibt die Zahl der erwerbslosen Frauen verhältnismäßig stark hinter der der Männer zurück. Sie ist also in wesentlich geringerem Maße der Arbeitslosigkeit ausgesetzt wie der Mann, ja in sehr vielen Fällen ist dessen Brotloswerden die Ursache ihrer Beschäftigung. Ihre Einstellung erfolgt, weil sie der Unternehmer nach wie vor als billigere und willigere Arbeitskraft schätzt.

Diese Einschätzung ist für die Frau von sehr fragwürdigem Wert, besonders wenn sie als Ehefrau und Mutter mit zum Unterhalt der Familie beitragen muß. Dieser Fall ist keineswegs selten, ist doch rund ein Drittel aller berufstätigen Frauen verheiratet. An die Befreiung der berufstätigen Frauenarbeit ist nicht zu denken. Auch ihre schärfsten Gegner haben sich mit ihr abfinden müssen. Wohl aber besteht aller Anlaß dazu, daß die Frauen alles daransetzen, die niedrige Einschätzung ihrer Arbeitskraft zu beseitigen und wie auf politischem Gebiete, so auch wirtschaftlich in bezug auf ihre Arbeits- und Lohnbedingungen eine Gleichstellung mit ihren männlichen Arbeitsgenossen zu erkämpfen.

M a t t u t a t.

## Kursus im Volkshochschulheim.

Nach vieljähriger fast ununterbrochener Tätigkeit im Beruf war es mir vergönnt, meine Arbeitsstätte für vier Monate zu verlassen, um an einem Kursus im Volkshochschulheim Schloss Sachsenburg teilzunehmen. Das Schloß liegt bei Frankenberg in Sachsen auf einer bewaldeten Höhe. Die Fahren wehten hoch vom Dach als wir einbogen. Im Burghof angekommen, meldete ich mich im Bureau, zog das Los für mein Zimmer, das ich nun mit zwei Dresdnerinnen bewohnte und richtete mich häuslich ein. Ein Bett, ein Schrank für Kleider, Wäsche, Bücher u. a., ein Schreibtisch und ein Stuhl stand mir zur persönlichen Benutzung zur Verfügung. Die Zimmer sind zweckmäßig und neuzeitlich, zugleich aber auch heimlich eingerichtet, und schon nach dem ersten Beisammensein aller Lehrer und Schülerinnen fühlte ich mich vertraut in der neuen Umgebung.

Am ersten Morgen nach dem Frühstück versammelten wir uns im Lehrsaal. Alle Lehrer und das gesamte Hauspersonal waren anwesend. Zuerst wurde die Tages- und Arbeitsteilung besprochen. Um 8 Uhr Frühstück, 8 bis 12½ täglich Unterricht mit zwei Pausen, dann gemeinsame Mahizeit im freundlich

hellen Speisesaal, von dem man eine herrliche Fernsicht genießt; von 2 bis 4 praktische Arbeit, entweder im Haus oder in der Küche, im Holzschuppen, auf dem Feld oder im Garten. Jedem ist freigestellt, zu welcher Tätigkeit er sich melden will. Um 15 Uhr Kaffee, um 7 Uhr Abendessen. Von 4 Uhr an steht uns die Zeit zur freien Verfügung, d. h. zum Bearbeiten der im Unterricht gewonnenen Einsichten in die jeweils besprochenen Gebiete.

Wie gestaltet sich nun der Unterricht? Es gibt zu Anfang keinen Lehrplan. Wir stellen Fragen an unsere Lehrer, und zwar fragen wir nach allem, was uns im praktischen Leben unbeantwortet blieb. Z. B.: Wie kann ich mir einen verständlichen Einblick in das politische Leben verschaffen? Soll man Kinder strafen? Ist die Vererbung oder der Wille stärker und wie weit kann man anerzählen? Wird die ungenügende Entlohnung der Frau in absehbarer Zeit zu ändern sein? Wie stellen wir uns zur Rationalisierung bei der großen Arbeitslosigkeit? Viele Fragen persönlicher und allgemeiner Art werden gestellt, die jedoch allen nabeliegen und die aus dem praktischen Leben herausgewachsen sind, die wir nun hier durch eigene Arbeit beantworten wollen. Auf Grund dieser Fragen wird von den Lehrern gemeinsam ein Lehrplan zusammengestellt. Es kann sich wohl auch der Außenstehende denken, daß sich die Unterrichtsstunden anregend und interessant gestalten; sie werden in Form von Arbeitsgemeinschaften gehalten. Wir tauschen unsere Gedanken aus, jeder kann Einwände machen und immer ist es das eigene Überlegen und Denken, mit dem wir in bisher fremde Gebiete hineindringen, allerdings hilfreich unterstützt von der sicheren Leitung des Lehrers. Von den persönlichen Fragen kommen wir zu weiteren Betrachtungen, und nun lernen wir bisher unbekannte Zusammenhänge erkennen und einen größeren Lebensblick gewinnen. So in wirtschaftlichen Gebieten. Wir sind alle in Fabriken oder sonstigen Betrieben tätig und kennen die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben. Doch ihren Ursachenzusammenhang sehen wir erst jetzt. Da wird uns manches klar und man kann nun vieles besser beurteilen und verstehen als vorher.

Ein großer Teil der Fragen bezog sich auf das Gebiet der Frau im staatlichen und gesellschaftlichen Leben und auf die Politik. Ist es uns doch durch das Wahlrecht zur Pflicht geworden, uns in diese Gebiete hineinzudenken und hineinzuarbeiten. Ferner behandelten wir die für uns so wichtigen Frauen- und Erziehungsfragen. Hier erfuhren wir alles Wesentliche, was für unseren eigentlichen Beruf als Frau und Mutter nötig ist. Viele wertvolle Anregungen gab uns der pädagogische Unterricht. Diese Stunden werden uns zum großen Nutzen werden, wenn wir einmal unsere Erziehungspflicht am eigenen Kinde zu erfüllen haben.

In den freien Nachmittags- und Abendstunden vertieften wir uns in das, was wir im Unterricht besprochen. Eine schöne reichhaltige Bibliothek steht zur Verfügung und gibt Gelegenheit, für jedes Gebiet die nötigen Bücher zu finden, die weiteren Aufschluß geben und ein tieferes Eindringen in den jeweils interessierenden Stoff möglich machen. Es gilt nun wieder die eigene Meinung dazu zu finden, denn es kommt nie darauf an, das zu lernen, was in den Büchern steht, sondern eine selbstdurchdachte eigene Stellungnahme dazu zu haben, eine Antwort selbst zu erarbeiten. Auch war der Unterricht, der uns dem Kunstverständnis näherbringen sollte, sehr anregend, und eine Studienfahrt nach Weimar und Sena bot reichlich Gelegenheit zu Kunstbetrachtungen.

An den Sonntagen wanderten wir gemeinsam in die wahrreiche schöne Umgebung Sachsenburgs. Wenn uns aber die Sonne an schönen Nachmittagen herauslockte, dann ging's mit einem Buch unter dem Arm in den Wald. Des Abends wurden oftmals Lichtbildvorträge oder musikalische Unterhaltungen veranstaltet. Wir pflegten das gefellige Beisammensein und verlebten so viele frohe und auch ernste Stunden gemeinsam mit unseren Lehrern — Feiertagen, die man nie vergißt.

So ist das Resultat, daß ich am Ende des viermonatigen Kursus, mit vielen Kenntnissen bereichert, körperlich getränkt zurückkehrte und mit neuem Mut erfüllt bin, allen Anforderungen, die das Leben und der Beruf in Zukunft an mich stellen wird, gerecht werden kann. Ich wünsche, daß es allen Kolleginnen einmal möglich wäre, eine so außerordentlich wertvolle Zeit in der Sachsenburg zu erleben.

M a r t h e l R i c h t e r.

## Das Gesicht der herrschenden Klasse.

In einer Zeit erhöhter allgemeiner Arbeitslosigkeit in fast allen Berufen und damit gesteigerten Massenelendes das Millionen von Volksgenossen zu Hunger und Not verurteilt, in der hunderttausende Mütter von der Sorge gequält werden, wie sie Milch und Brot für ihre Kinder beschaffen, sinnen nicht nur die Modedüster darüber nach, wie sie die Sorgen der „Dame“ vom Morgen bis in die Nacht fernhalten, sondern die Repräsentanten der Vergnügungsindustrie zerbrechen sich gleichzeitig auch ihre ohnehin schon zermarterten Köpfe, um den Hintergrund zu schaffen, der die neuesten Modelle und ihre Trägerinnen wirkungsvoll zur Geltung kommen läßt.

Tagtäglich beobachten wir die mannigfaltigen Spielarten der Modeloune bei den verschiedensten Anlässen, kennen die Opfer, die gebracht werden, die sozusagen schon zur Alltäglichkeit „dieser schönsten aller Welten“ — wie die Bourgeoise so gern ihr Zeitalter bezeichnet — gehören.

Dennoch verdient der neueste Einfall dieser Kreise als Zeitdokument festgehalten zu werden.

Vor einem Café des Westens am Kurfürstendamm in Berlin drückt mir der Portier eine Karte mit folgendem Aufdruck in die Hand:

Unsere verehrten Hundefreunde teilen wir höflichst mit, daß am . . . , nachmittags 4½ Uhr, ein Tee:

„Die Dame und ihr Hund“

stattfindet.

Vorführung von Rassehunden.

Hundesporthaus S.

Wir erwarten Sie mit Ihrem Hund.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(folgt Name des Cafés).

In der oberen Etage Gedek 2.— Mt., in L. Hundegedek.

Tischbestellung (folgt Telephonnummer).

Daß dies kein dummer Scherz, sondern Wirklichkeit war, wurde durch einige Plakate vor dem Lokal illustriert. Neugierig, welche Zugkraft diese neueste Geschmackslosigkeit ausüben würde, begab ich mich in die „obere Etage“ — und siehe da — der „Hundetea“ war bereits in vollem Gange. Die schwülstige Atmosphäre von Parfum, Schminke und Seife, dazu die entsprechende Musik einer „veredelten“ Zigeunerkapelle bildeten das Milieu, in dem sich die ausgeruhten Gehirne der Damen von Welt und Halbwelt nebst den dazugehörigen Kavaliere ernsthafte mit der wichtigen Frage beschäftigten, wie man seinem „Liebling“ ein wahrhaft exklusives Hundeloben bereitet. Man bewunderte und ließ andere bewundern, wobei die mitgebrachten vierbeinigen Spielzeuge die Brücke der Annäherung bildeten. Boys in Vivree verteilten zwischendurch an die Jazzband-Kapelle unterstützenden Rasseföter feinerpackte Kette, die Kindern gerecht, manch dankbaren Blick hervorgezaubert hätten.

Dieses groteske Schauspiel mußte auf jeden unverbildeten Beschauer wie ein Hohn auf die Menschheit und wie eine Anklage gegen die Fäulniserscheinungen der bourgeoisen Gesellschaft wirken.

Voll Etel stoh ich diese gefällige Stätte und dachte darüber nach, daß das Wort „Wir Wilden sind doch bessere Menschen“ eine tiefere Bedeutung hat.

P r o t e t e u s.

## Weib.

Das, Weib, ist dein Weg und dein Ziel: daß du liebst.

Daß du mit frohem, erhabenem Spiel der Liebe den Werkmann umgibst.

Das ist deine Erbserin — Sendung, daß männlicher Drang und weibliche Ruh sich in die zur göttlichen Mensch-Dollendung, zum Kinde.

Gerrit Engelke.

# Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin.

## III.

An größeren geschlossenen Erwerbungen unter Friedrich dem Großen ist nur der Ankauf der 5300 Bände starken Bücherei seines Freundes, des Obersten Quintus Scilius, zu erwähnen, die 1780 für den hohen Preis von 12 000 Talern erworben wurde. Auch diese Bibliothek fand gesonderte Aufstellung, so daß damals vier getrennte Büchereien in der Kgl. Bibliothek vorhanden waren, und zwar die alte Kgl. Bibliothek, die Bibliothek Spanhels, die Neue Kgl. Bibliothek und die Bibliothek Quintus Scilius. Zusammen zeigte die Kgl. Bibliothek einen Bücherbestand von etwa 150 000 Bänden.

Unter der Regierung Friedrich Wilhelms II. wurden die Bücheranschaffungen eingeschränkt und hierfür jährlich 2000 Taler bereitgestellt. Von 1790 ab wurde wieder die Verleihung der Bücher eingeführt, andererseits die Öffnungszeit des Lesesaals eingeschränkt. Einige größere Bibliotheken kamen in dieser Zeit zur Erwerbung. So wurde 1789 die 5100 Bände starke Bücherei des Berliner Predigers Friedrich Jakob Roloff erworben, die besonders reich an Klassikerausgaben war. Der König bewilligte für den Ankauf einen Sonderbetrag von 8000 Talern. Die Roloffsche Bücherei wurde gleichfalls gesondert aufgestellt. Ferner wurde die Bücherei des Leibarztes Nöhlen für 3000 Taler angekauft. Im Jahre 1790 wurde auf eine Anregung des damaligen Leiters der Bibliothek, Bießer, eine Vereinigung aller bisher getrennt aufgestellten Bibliotheken durchgeführt. Ebenso bediente man sich seit 1795, nach dem Vorbild Göttingens, eines Bibliothekstempels: „Ex Bibliotheca Regia Berolinensi“, um Entwendungen zu erschweren.

Durch die Vereinigung der getrennten Bibliotheken hatten sich eine staatliche Zahl von Dubletten ergeben, die auf zwei Versteigerungen 1797 und 1806 mehr als 8400 Taler ergaben. Diese Nebeneinnahmen waren recht erwünscht, da die schlechte Finanzlage des Staates in der napoleonischen Zeit ohnehin für die Bibliothek nur mäßige Mittel überließ. In der damaligen Kriegszeit unterblieben die Ankäufe von Büchern gänzlich. Doch bereits 1810 wußte Wilhelm v. Humboldt es durchzusetzen, daß für die Bibliothek wieder 3500 Taler ausgegeben wurden. Im Jahre 1818 betrug der Etat unter dem neuen Leiter, dem ersten Oberbibliothekar Friedrich Wilken 4000 Taler; im Jahre 1827, als sich die Finanzlage des Staates gehessert hatte, wurde der Etat auf 7000 Taler erhöht und außerdem kamen 15 000 Taler zur Bereitstellung, um eingetretene Lücken ausfüllen zu können. Derartige Sonderbeträge wurden später öfters bewilligt.

Im Jahre 1811 wurde mit der Ausarbeitung eines neuen alphabetischen Bandkataloges begonnen, der hauptsächlich Buttmanns Werk war. Zur Leitung der Bibliothek wurde 1817 der hochbefähigte Prof. Dr. Friedrich Wilken berufen, der als Bibliothekar die Erneuerung der Heidelberger Universitätsbibliothek durchgeführt hatte. Wilken wirkte gleichzeitig als Historiker an der Berliner Universität, auch war er an den Pariser Verhandlungen beteiligt, die die Rückgewinnung der durch Napoleon geraubten deutschen Bücherschätze betrafen. Nach Prof. Dr. Hirschschultz gehören dem Zeitraum der Wilkenschen Amtszeit hauptsächlich folgende Erwerbungen an: ältere Bestände aus aufgehobenen schlesischen Klosterbüchereien, aus Klöstern in Posen und Westpreußen, aus der aufgelösten Kadettenanstalt in Stolp den Hauptteil ihrer pommerischen Bibliothek, von der havelberger Dombibliothek und dem Domstift in Brandenburg wertvolle Handschriften und Drucke. Dann lieferte die herzoglich Sachsen-Weissenfelfische Bücherei zu Sangerhausen wertvolle Werke, und aus dem ehemaligen Kloster Neuzelle in der Niederlausitz wurden seltene, meist historische Werke gewonnen.

Gleich zu Anfang der Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. fiel der Bibliothek eine stattliche Bücherei zu, und zwar 1798 die gesamte Bibliothek der Berliner Akademie der Wissenschaften. Bekanntlich hatte die Kgl. Bibliothek im Jahre 1735 ihre medizinischen und mathematischen Werke an die Akademie abgegeben, die nun zu ihrer ursprünglichen Besitzerin wieder zurückkehrten. Eine wertvolle Erwerbung war 1799 die 7000 Bände starke Bücherei von Joh. Reinh. Forster, die hauptsächlich Naturgeschichte, Linguistik und Reisen umfaßte. Erwähnenswert ist auch eine

Stiftung des Prinzen Heinrich von Preußen aus Rheinsberg, der 1803 hauptsächlich französische Literatur und Militaria überwies. Eine der bedeutendsten Stiftungen jener Zeit betrifft die von dem Geh. Legationsrat v. Diez überwiesene Bücherei, die 17 000 Bände und 836 Handschriften zählte. Die 1817 als Vermächtnis an die Bibliothek getommene Büchersammlung von Diez war nach den gestellten Bedingungen getrennt aufzustellen, was geschehen ist. Das Jahr 1820 brachte einen wertvollen Zuwachs an Werken der Philosophie, Geschichte und schönen Literatur aus der Bibliothek von Friedrich Heinrich Jacobi. Durch Vermächtnis Wilhelm v. Humboldts vom Jahre 1832 fielen der Bibliothek alle sprachkundlichen Werke und Handschriften zu, die der Gelehrte in seiner Bücherei besaß. Die Bücher Humboldts sind durch die Inschrift: „Ex libris a Guillelmo L. B. de Humboldt legatus“ kenntlich. Auch der am 2. November 1834 in Berlin verstorbene preussische Finanzminister Karl Georg Maaßen bedachte die Bibliothek durch ein Vermächtnis, hauptsächlich juristische, staatswissenschaftliche und historische Werke betreffend.

Mit zu den größten und wertvollsten Erwerbungen zählt der 1833 vollzogene Ankauf der Rudolphiischen Büchersammlung für 25 000 Taler. Die Sammlung bestand aus 14 000 Bänden und einigen tausend Dissertationen, darunter wichtige und kostbare Werke aus den Gebieten der Botanik, Mineralogie, Münzkunde; auch Reisebeschreibungen waren zahlreich vertreten. Der Geh. Medizinalrat und Prof. Asmund Rudolphi war 22 Jahre an der Berliner Universität als Lehrer der Anatomie und Physiologie tätig. Er hinterließ außer seiner Bibliothek, die bei den Zeitgenossen berühmt war, eine bedeutende Entozoenammlung und eine Sammlung von Medaillen aus berühmte Gelehrte. Der Hauptteil der Bücherei umfaßte natürlich die medizinischen Gebiete. Die Dubletten aus der Bücherei Rudolphi wurden der Berliner Universitätsbibliothek überwiesen.

(Fortsetzung folgt.)

## Berichte.

**Bände i. B.** In der sehr gut besuchten Jahresversammlung am 23. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht über 1929. Er rief nochmals die besonderen Ereignisse und Vorkommnisse des verflohenen Jahres wach, u. a. die gute Entwicklung unserer Zahlstelle. Auch diese Versammlung solle dazu beitragen. Jetzt heiße es, in höheren und in den richtigen Beitragsstufen zu steuern. Denn die 1. Beitragsklasse sei nur für Jugendliche gedacht. Daher sollten alle Kolleginnen wenigstens in die 2. Klasse aufrücken und zwar zum eigenen Vorteil. Insbesondere aber sollten die älteren Kolleginnen und alle Kollegen in die 4. Klasse steuern, um sich den Anspruch auf Invalidenrente zu sichern. Dieser Rat wird von vielen auch anerkannt und befolgt werden. Allgemeine Freude herrschte über den guten Verlauf der Versammlung. Waren doch von etwa 75 Mitgliedern 58 Kolleginnen und Kollegen anwesend. Sogar unsere Anfang dieses Jahres arbeitslos gewordenen Kolleginnen waren zahlreich vertreten. Gewünscht und versprochen wurde u. a. noch, zu der nächsten Versammlung unseren Gauleiter, den Kollegen Kornacker, einzuladen, um uns den schon versprochenen Lichtbildervortrag zu halten.

In Anbetracht der allgemeinen großen Arbeitslosigkeit von etwa 2 Millionen können wir am Ort gegenüber anderen Organisationen eigentlich noch nicht klagen. Bis auf etwa 20 Kolleginnen und die Entlassung des Kollegen W. (Betriebsratsmitglied der Firma W. Cordes) kommt Abteilungs-Betriebsstilllegung, natürlich auch Arbeitsmangel, in Frage. W. klagte am Arbeitsgericht Herford, wurde dann mit 150 Mk. durch Vergleich abgesehlt.

Die Wahlen brachten wiederum den alten Vorstandes, stellvertretenden Vorsitzenden und Kassiers. Schriftführer, Unterassistent und Kartellbelegierte wurden neu gewählt. Revisoren blieben wie bisher. Es wurden dann noch die im März stattfindenden Betriebsratswahlen besprochen, um Mängel und Fehler für die Folge möglichst zu verhüten. Ein Antrag, in diesem Jahre einen Ausflug zu beschließen, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an alle Anwesende, in Zukunft bei allen Angelegenheiten aktiv mitzuwirken.

**Dresden.** Ob es die gegenwärtige Krise in der Zigaretten-Kartonnagenindustrie am Orte oder auf der Tagesordnung stehende Lichtbildervortrag war, jedenfalls war die Dresdener Kollegenschaft unserem Rufe zur Generalversammlung am 28. Januar so zahlreich

gefolgt, wie wir es in letzter Zeit nicht mehr gewöhnt waren. Dank dem guten Zusammenarbeiten aller Funktionäre mit den Angestellten konnte allen Teilnehmern ein 20 Druckseiten umfassender Geschäftsbericht in die Hand gegeben werden. Dieser ermöglichte es ihnen, sich vorher zu orientieren, so daß die Versammlung sich mit den mündlichen Berichten auf das Allerwichtigste beschränken konnte. Nach Ehrung der Toten des vergangenen Jahres schiederte Kollege Scheibe in groben Umrissen die Arbeitsmarktlage zurzeit, die vergleichbar sei mit Ende 1923. Nur mit dem Unterschied, daß heute feinerer Ausschicht bestehe, unsere arbeitslosen Berufsangehörigen in größerer Menge wieder in die Betriebe zu bringen. Im Gegenteil sei noch ein Ansehellen zu erwarten, wenn der Reentima-Konzern bei seiner Wilsch bleibe, die Zigaretten-Verpackung einzuführen. Hunderte unserer Mitglieder mit zum Teil fünfzehn- bis zwanzigjähriger Berufzugehörigkeit und einer anerworbene Geschicklichkeit werden allein durch diese Maßnahme ihren Arbeitsplatz mit der Stempelstelle des Arbeitsamtes vertauschen müssen. Kollege Scheibe sprach die Erwartung aus, daß unsere höchste Stelle maßgebenden Ortes ein erstes Veto einlegt, damit auch unsere Berufsangehörigen, die durch die Zigarettensteuerkrise betroffen sind, zu ihrem Teil kommen.

In einem kurzen Rückblick auf 1929 wurden die markantesten Punkte gestreift, so das Gebote unserer Unternehmer vor dem Neuanbruch der Larkse, deren Erhöhung sie dann zum überwiegenden Teil auf die Arbeitenden abwälzten, durch Einführung ausgefeilterer Maschinensysteme, die in beispielloser Weise Menschenshände ausschalteten. Umfassend war die Tätigkeit der Ortsverwaltung und aller Funktionäre einschließlich der Angestellten, die am besten aus den Zahlen des gedruckten Berichts zu ersehen ist. Durch unseren gedächtnis Rechtschutz erhielten wir unseren Mitgliedern etwa 9000 Mk. Der Bildungs- und Jugendfrage ist eingehend Beachtung geschenkt worden durch Verwendung unseres Lichtbildapparates, Vorträge bezeichnenden Inhalts und Exkursionen. Leider kommt die Jugendfrage infolge der Bauzeit auch vieler Arbeiterkern und der suggestiven Anziehungskraft des Sports nicht recht vorwärts. Die Ergebnisse unseres 1. Funktionärkursus sind nicht mehr, die gleichhohe Teilnehmerzahl und das gleiche Interesse bei dem gegenwärtig laufenden Kursus lassen immerhin eine Vertiefung in das gewerkschaftliche Denken erkennen. Die Erfolge des Kurses zeigen sich auch im Zurückgehen belanglosster Inanspruchnahme der Sprechstunden. Erfreulich ist, daß auch die Weiblichen der Betriebsrätebewegung reges Interesse entgegenbringen. Was die Erfolge in unserer größten Industrie-gruppe, der Kartonnagenbranche, anbelangt, so muß leider festgestellt werden, daß diese im Verhältnis zu der großen Branche doch recht gering sind. Noch immer ist eine große Zahl von Außenseitern vorhanden, die sich nicht scheuen, auch für sich die Vorteile in Anspruch zu nehmen, die wir errungen haben. Vielleicht wirkt hier die Krise als Reinigungsfaktor, indem die aus allen Kreisen und Berufen zur gut bezahlten Zigaretten-Kartonnagenindustrie Bestgehenden einmal die Faust des Kapitals in recht deutlicher Form zu spüren bekommen. Die Buchbinderbranche hat ihren Bestand erhalten, wenn auch gelagt werden muß, daß trotz hundertprozentigem Organisationsverhältnis in einzelnen Betrieben doch Uebelstände herrschen, die aus den heutigen Arbeitsmethoden geboren sind, die aber die neu gewählte Branchenkommission mildern helfen muß. Leider sind auch hier etwa 50 Opfer der Rationalisierung zu verzeichnen, die keine Aussicht haben, je wieder in ein festes Arbeitsverhältnis zu kommen. In nachahmenswerter Weise hat diese Branche nach einem Dezemberbeschluss in den letzten Wochen 2 Mk. von den männlichen und 1 Mk. von den weiblichen Mitgliedern als Extrabeitrag erhoben, um den ausgebeuteten Älteren von Zeit zu Zeit einen Notpfennig geben zu können. Die kleine, aber gut arbeitende Schneiderei- und Plakatbranche hat trotz ihres Zusammengehens mit dem Kartonnagen-Mantel-kartell beachtenswerte Sondererfolge herausgeholt. Diese muß sie zu erhalten suchen, wenn auch einzelne Rufe „Los vom Kartonnagenkartell!“ erschallen.

Hierauf gab Kollege Kohl ein Bild von der Kasse, das im ganzen gesehen, günstig zu nennen ist. Als besonderes Kennzeichen unserer Zeit hob er hervor, daß er in den ersten drei Wochen des laufenden Jahres bereits 10 000 Mark Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt habe, wobei er weiter darauf hinwies, daß ein Neben in der zu niedrigen Beitragsklasse ein Sparen am falschen Platze sei. Kollege Herzog hob für die Kassenprüfer hervor, daß die Beitragszahlung eine bessere geworden sei und daß so manche hundert Mark, die früher den Weg in unbedürftige Hände fanden, nunmehr bei dem neuen Kassensystem der Lotokasse erhalten bleiben.

Da eine Aussprache über den Geschäftsbericht nicht stattfand, streifte Kollege Wilsch den mangelhaften Versammlungsbesuch im vergangenen Jahre und stattete dann den Dank an alle Tätiggewesenen ab

### Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 7. Wochenbeitrag für 1930 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achtet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

mit dem Wunsche, trotz allem Mißgeschick in dieser Zeit auszuhalten in der einmal gesteckten Bahn und neue Streiter uns zuzuführen. Bei der hierauf folgenden Wahl der Ortsverwaltung wurden alle bisherigen bewährten Funktionäre wiedergewählt. Während der Stimmensauszählung hielt Kollege Duasas einen beifällig aufgenommenen Vortrag mit Lichtbildern über eine Mittelmeerfahrt nach dem Orient.

Nach einem begeistert aufgenommenen Appell an die junge Generation durch den Kollegen Weincke konnte die Versammlung geschlossen werden.

**Duisburg-Hamborn.** Am 25. Januar 1930 fand unsere Jahres-Hauptversammlung statt, welche außerordentlich gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Gutschmidt, gab den Jahresbericht, aus welchem hervorging, daß die Arbeit des Ortsvorstandes in diesem Jahre sehr reichhaltig und vielseitig war. Besonders erwähnte er die schwierige Arbeit im Punkte Agitation und die dadurch hervorgerufenen Lohnbewegungen. Weiter führte Kollege Gutschmidt noch aus, daß auch im Jahre 1930 noch große Aufgaben für Agitation und Lohnbewegungen uns bevorständen, daher sei es Pflicht aller Mitglieder, tatkräftig mitzuarbeiten. Im Bezug auf Agitation muß jeder Unorganisierte noch erfaßt und unserem Verbandszugehörig werden. An Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen usw. fanden im vergangenen Jahre statt: 1. Jahreshauptversammlung, 11 Mitgliederversammlungen, davon 5 mit Vorträgen, 8 Vorstandssitzungen, außerdem 19 Kartellkämpfen, davon 8 Jugendkartellkämpfe, 16 Betriebsversammlungen, 3 Lohnbewegungen, 4 Verhandlungen mit den Prinzipalpatronen, 1 Verhandlung beim Schlichtungsausschuß, 4 Termine am Arbeitsgericht.

Hierauf gab unser Kassierer, Kollege Büskens, den Kassenbericht über das 4. Quartal 1929, sowie eine Jahresbilanz über das Jahr 1929, der Einnahmen, Ausgaben der Haupt- und Lokalkasse, aus dem zu ersehen war, daß die Ausgaben der Haupt- und Lokalkasse für Arbeitslosenunterstützungen im Jahre 1929 ganz besonders hoch waren, was die Lokalkasse, die nicht sehr günstig stand, sehr stark belastete. Fast durchschnittlich waren 20 Proz. arbeitslos und krank und 80 Proz. nur zahlende Mitglieder. Der Mitgliederbestand war Ende 1928 49 männliche, 29 weibliche, zusammen 78, hingegen Ende 1929 73 männliche, 61 weibliche, zusammen 134, was eine Zunahme von circa 75 Proz. bedeutet. Die Kollegen Kreis und Hardinger bitten um Entlastung des Kassierers und erwähnen, daß sie bei jeder Kassenprüfung die Kasse in bester Ordnung fanden. Weiter erwähnten die Redigoren noch, daß die Mitglieder in Zukunft die Beiträge pünktlich abführen sollen, da der Kassierer sonst doppelt schwere Arbeit hätte.

Ein Antrag des Kollegen Wohlmann, den Funktionären, außer dem Kassierer, aus Sparfahrscheinlichkeiten die Entschädigungen zu streichen, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Bevor man zur Vorstandswahl schritt, sprach der stellvertretende Vorsitzende im Namen der Versammlung dem bisherigen Vorstand seinen Dank für die von ihm geleisteten Arbeiten aus. Die Wiederwahl des alten Vorstandes erfolgte einstimmig. Nur der 2. Vorsitzende lehnte eine Wiederwahl ab und wurde an seine Stelle der Kollege G. Rupp gewählt, außerdem als Beisitzerin die Kollegin Knelesen hinzugewählt. Der wiedergewählte 1. Vorsitzende dankte dem Kollegen Paul für seine der Allgemeinheit geleistete Arbeit während seiner 10jährigen Tätigkeit im Vorstand. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Frage der Unterstützung unserer ausgesteuerten Erwerbslosen debattiert und mehrere Anträge eingebracht, die zum Teil angenommen wurden. Weiter wählte man als Delegierte zu der am 26. Januar 1930 tagenden Bezirkskonferenz der Ruhr-Zahlstellen in Duisburg die Kollegen Büskens, Gutschmidt und Weise. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten sprach der Vorsitzende noch den Wunsch aus, auch im kommenden Jahre die Versammlungen so wie die heutige zu besuchen.

**Erlangen.** Am 25. Januar hielten wir unsere Jahresgeneralversammlung ab in der unser Gauleiter Kollege Weinöder über „Die Änderungen in der

Arbeitslosenversicherung“ referierte. In einstündigem Vortrage verhandelt es der Redner, die wichtigsten Änderungen gegenüber der vorherigen Fassung den Anwesenden darzulegen. Nicht allein der Arbeitslosenversicherung gelte der Kampf der Arbeitgeber, sondern die gesamte Sozialversicherung bilde den Stein des Anstoßes. Wie bei jedem Gesetz jungen Datums waren auch in der Arbeitslosenversicherung Mißbräuche zu verzeichnen, die zu revidieren auch die Gewerkschaften bereit waren. Rührten doch erst Erfahrungen in der Auswirkung dieses Gesetzes gesammelt werden, um Härten und Mißbräuche dann abzuändern. Zum Schluß erwähnte der Referent immer auf dem Posten zu sein, damit die gesamte Sozialversicherung keine Verschlechterungen erfährt. Für die Kollegenschaft ergebe sich die Pflicht, sich in allen Fragen der Versicherung an ihre Organisation zu wenden, sowie durch pünktliche und richtige Beitragszahlung sich im Falle der Arbeitslosigkeit und Krankheit die gut ausgebauten Unterstützungen des Verbandes zu sichern. Reicher Beifall belohnte die sehr interessanten Ausführungen. Kollege Penfel ermahnte die Arbeitslosen, in allen Fragen sich nur an die Gewerkschaft oder an den Ortsausschuß des ADGB zu wenden, keinesfalls aber der sogenannten Erwerbslosenkommission Gefolgschaft zu leisten.

Den Jahresbericht erstattete hierauf Kollege Penfel. In ehrenvollen Worten gedachte er unserer im Laufe des Jahres Verstorbenen. Hierauf führte er nochmals die Ereignisse des verflochtenen Geschäftsjahres auf. Bel den im Frühjahr entbrannten Lohnkämpfen konnten auch wir die Wucht des Angriffs der Unternehmer spüren. Nach Ueberwindung verschiedener Schwierigkeiten war es dann doch noch möglich, eine lebliche Regelung für die Kollegenschaft der Firma Zuder u. Co. zu erzielen. Anders gestaltete sich die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma Rüter u. Co. In diesem Betrieb wollten die Beschwerten unserer Kollegenschaft nicht verstimmen. Sie beanspruchte mit Recht für gleiche Arbeit auch den Lohn der gleichartigen Betriebe am Orte. Die Organisation verfuhrte auf gutem Wege eine Regelung zu erzielen. Diese scheiterte an dem Widerstand der Firma, mit unserer Organisation in Verhandlungen einzutreten. Die Belegschaft trat daraufhin am 6. Juni in den Streik und hat vier Wochen mühselig durchgehalten, bis es der Firma gelang, eine größere Anzahl Streikbrecher zu finden. Der weitere Umstand, daß fast die Hälfte der Streikenden erst kurze Zeit organisiert war, sowie viel zu niedrige Beiträge bezahlt hatte, veranlaßte die Organisation den Kampf abzubrechen. Jedenfalls hat die Kollegenschaft aus dieser Bewegung die einzig richtige Lehre gezogen, daß nur gute Beitragsleistung die Führung eines Arbeitskampfes gewährleistet. Besonders erfreulich ist, daß größere Rückschlüsse durch Mitgliederverlust nicht eingetreten sind. Weiter konnten fast alle Streikenden wieder Arbeit erhalten. Zu Ende des Jahres setzte in den Betrieben schlechter Geschäftsgang ein, der zu Entlassungen und Kurzarbeit führte. Wir verzeichneten am Jahreschluß 20 Kollegen und 19 Kolleginnen als Arbeitslose, das sind 15 Proz. unserer Mitglieder. Zur Linderung der Not unserer Ausgebeuerten wurde aus Sammelgeldern und lokalen Mitteln zu Weihnachten der Betrag von 128 M. aufgewendet.

In 22 Sitzungen und 18 Versammlungen wurde das möglichste getan, um unsere Kollegenschaft im wirtschaftlichen Kampfe zu schulen und vorwärts zu bringen. Der Tiefstand der Wirtschaft stellt auch uns im kommenden Jahr vor ganz gewaltige Aufgaben und erfordert die Anspannung aller Kräfte. Es wird uns auch gelingen, die Schwierigkeiten zu meistern, wenn Mitgliederhaft und Verwaltung weiterhin gut zusammenarbeiten.

Kollege Schmidt gab dann den Kassenbericht. Die Verbandskasse verzeichnet an Einnahmen 3060,03 M. an Ausgaben 1747,95 M., an vorhandenen Kassenbestand 1308,08 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 819,01 M., eine Ausgabe von 681,95 M. und einen Kassenbestand von 137,03 M. Der Mitgliederbestand beträgt 111 Kollegen und 161 Kolleginnen. Kollege Schmidt teilte noch mit, daß auf Veranlassung der Verwaltung etwa 30 Mitglieder den Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse vollzogen haben, so daß auch hierin ein Fortschritt zu verzeichnen ist.

Bei der nunmehr erfolgten Neuwahl wurden die Kollegen Penfel als 1. Vorsitzender, Drießel als 2. Vorsitzender, Schmidt als Kassierer, Dummert als Schriftführer, Roth und Fortmüller als Revisoren, G. Frant und Schubert als Beisitzer einstimmig wiedergewählt. In die erweiterte Verwaltung wurden die Kollegen Schewertel, A. Frant und Kollegin Gittig neugewählt.

Wie immer blieben die Anwesenden noch in gefelliger Unterhaltung beisammen, um nach ernster Arbeit auf einige Stunden die Alltagsorgen zu vergessen.

### Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Was diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

### Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Lokalbeiträge. Die Zahlstelle Wittenberg hat ihre Lokalbeiträge mit Wirkung ab Woche 1/1930 und mit Zustimmung des Verbandsvorstandes wie folgt neu geregelt:

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
	5 Pf.	10 Pf.	15 Pf.	20 Pf.	25 Pf.

### Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.

**Kassel:** Unterstütuungsauszahlung Otto Kirche 6. Quell & Wilmens, Sporstr. 9/2, S. II, in der Zeit von 12 bis 13 und 16 bis 17 Uhr, ausgenommen Sonnabend nachmittag und Sonntags.

**Schleiz:** B: Otto Scherf, Brunnengasse 18. K: Max Kug, Greizer Str. 16. Unterstütuungsauszahlung Sonnabends von 12 bis 14 Uhr.

**Spremberg (C.):** B: Otto Road, Rochsdorfer Weg 10. K: Alfred Wolke, Weberweg 3.

**Stettin:** B: R. Pollnow, König-Albert-Str. 4, S. II. K: Franz Jander, Schwarzjower Str. 8.

**Weimar:** B: R. Lander, Meyerstr. 30 I. K: P. Adermann, Gartenstr. 11. Unterstütuungsauszahlung: Volkshaus, wochentags von 18 bis 19 Uhr.

**Weißenfels:** B: Rudolf Hoyer, Leopold-Cell-Str. 22 II. K: Walter Hecht, Leopold-Cell-Str. 2, S. II.

### Abrechnungen

vom vierten Quartal 1929 gingen weiter bis zum 4. Februar 1930 bei der Verbandskasse ein: Gau Nordosten 650,— M., Potsdam-Rovawes 492,40 M., = Gau Schlesien (ganzer Gau) 3000,— M., = Bielefeld 8200,— M., Minden i. W. 100,— M., = Gau Rheinland-Westfalen 182,— M., Barmen-Eberfeld — M., Bochum 450,— M., Bonn 500,— M., Dortmund 1400,— M., Essen 1409,75 M., Köln 4800,— M., Remscheid — M., Solingen-Wald — M., Erier 467,10 M., Wiesdorf 140,— M., = Darmstadt 1200,— M., Heidelberg 250,— M., = Gera — M., Gotha 303,80 M., Koburg — M., = Saale — M., = Burgstädt 352,85 M., = Merchau 600,— M., = Raichau — M., = Reichenbach 377,40 M., Zittau 252,95 M., = Freiberg i. Br. 750,— M., Konstanz 207,25 M., Reutlingen 1350,— M., = Gau Nordbayern 1090,50 M., Nürnberg-Fürth 4549,05 M., = Augsburg 300,— M.

Der Verbandsvorstand.

### Inhaltsverzeichnis.

Zur Neuwahl der Betriebsvertretungen. Die Zigarettensteuer und die Arbeitnehmer in der Zigarettenfabrikations-Industrie. Die Rationalisierung der Arbeitskraft. Die Arbeitslosigkeit, ein internationales Problem. Wirtschaftliche Produktivität und soziale Leistungen. Zur Unterhaltung: Fufel (4. Fort.). — Die beiden Geißhähne. Für unsere Kolleginnen: Februar (Gebicht). — Wir und unsere Invalidenunterstützung. — Die Bewertung der Frauenarbeit. — Kurzus im Volkshochschulheim. — Das Gebicht der herrschenden Klasse. — Welt (Gebicht). Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin. III. Berichte: Bünde i. W. — Dresden. — Duisburg-Hamborn. — Erlangen. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Lokalbeiträge. — Adressenänderungen. — Abrechnungen.